

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 5

Artikel: Italien als Warnung : wieviel Medien braucht der Mensch? : SRG und demokratische Information in Gefahr
Autor: Steiger, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339865>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Italien als Warnung

Wieviel Medien braucht der Mensch? — SRG und demokratische Information in Gefahr

Wenn man die Entwicklung in Italien als Massstab nimmt, dann erlebt die SRG ihren sechzigsten Geburtstag kaum mehr — wie letztes Jahr den fünfzigsten — als dominierende Radio- und Fernsehanstalt der Schweiz. Schon ein halbes Jahrzehnt nach Freigabe von Lokalsendern auf privater Basis hat die RAI im südlichen Nachbarland jedenfalls soviel kommerzielle Konkurrenz, dass sie nur noch auf dem Papier der Verfassung exklusiv ihrer nationalen Brückenfunktion nachkommt. Mit Tricks und wirtschaftlichen Verflechtungen wurde die Bestimmung unterlaufen, nach der Privatsender auf den Lokalbereich begrenzt bleiben sollten. Neben dem bröckelnden Staatsmonopol hat sich bei den elektronischen Medien landesweit ein Oligopol grosser Verlagshäuser etabliert.

Einfalt statt Vielfalt

Und dies stellte die «Neue Zürcher Zeitung» in einer Bilanz über fünf Jahre Erfahrung im Januar letzten Jahres bezüglich Programminhalten fest: «Sieger der Schlacht um Frequenzraum waren die finanziell und damit auch technisch besser gerüsteten Organisationen, die in den vergangenen Jahren den Markt unter sich weitgehend aufgeteilt haben. Dies geschah allerdings auf Kosten der kleinen, nicht-kommerziell geführten Stationen, von denen anfänglich — bei der Freigabe des lokalen Senderraumes — eine wesentliche Bereicherung des Informationsangebotes erwartet worden war. Die erhoffte

Ausweitung der Meinungspluralität blieb aus, da sich die Programmgestaltung der dominanten Sendeketten meist strikte nach kaufmännischen Kriterien, das heisst nach dem breiten Publikumsgeschmack, richtet. Die «Libertà d'antenna» hat vor allem eine Flut von eher seichten Filmen — meist phantasielose Variationen zu Sex- und Crime-Themen — gebracht und sehr viel Werbung, die zudem nach alter amerikanischer Unart oft in die spannendsten Filmstellen eingeblendet wird. Nachrichten und Informationssendungen sind selten und werden zudem meist von andern Medien übernommen. Die Abhängigkeit von Zulieferern werde bei den scheinbar unabhängigen Stationen immer deutlicher spürbar.

Schritt für Schritt

Nun haben Befürworter von Privatsendern in der Schweiz den Vergleich mit Italien oder Amerika meist nicht gern. Man wolle natürlich eine geordnete Konkurrenz, höchstens begrenzte Werbung und vorerst nur als Versuch. Niemand spreche der SRG die Existenzberechtigung ab. Es gehe darum, deren Angebot auf lokaler Ebene zu ergänzen und zu beleben. Das Fernsehen wird neben der Fülle von Radioprojekten in der Schweiz kaum berührt. Aber die unscharfe Trennung von lokal, regional und national erinnert trotzdem fatal an Italien. Viele Projekte für Musikstationen mit Servicecharakter sind direkt von der amerikanischen Praxis inspiriert. Und

es gibt taktisch weniger vorsichtige Mehr-Freiheit-Exponenten, welche die Zielrichtung heute schon deutlicher formulieren. So plädierte Konrad Hummler in der «Trumpf Buur»-Gönnerzeitung für eine völlig am Markt orientierte Verpachtung aller vorhandenen Frequenzen. Dann würde nicht mehr «Tag für Tag übelste linke Politinformation gratis und franko an das geduldige Schweizervolk weitergegeben» und die Selbstherrlichkeit der Medienschaffenden hätte ein Ende. Daher brauche es bald eine möglichst unkomplizierte Lösung: «Allenjenigen, die von einer Gesamtmedienkonzeption schwatzen, die vorgeben ganz besonders im Interesse des Radio- und Fernsehkonsumenten zu politisieren, die möglichst viel politischen Einfluss auf die Medien sichern wollen, würden bei einer wettbewerbsmässigen Regelung unserer Medienbelange die Felle ganz gewaltig davon schwimmen.» Noch irgendetwas unklar?

Andere SRG-Gegner sehen es ähnlich, operieren aber lieber Schritt für Schritt. Neben dem Beschwerdekrieg gegen unbequeme Journalisten und Sendungen hat der *Hoferklub* als Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung mit dem Aufbau einer Trägerschaft begonnen, die das dritte Programm für die Deutschschweiz in neuer Regie übernehmen soll. Von freisinniger Seite kommt die überfällige Erhöhung der Radio- und Fernsehgebühren auch im neusten Anlauf unter Beschuss. Die medienpolitisch besonders rührige Wirt-

schaftsförderung stellte als Geburtshelferin das bisher grösste Zürcher Lokalradioprojekt in die Welt.

«Lokalradio»

Selbstverständlich gibt sich auch dieses Vorhaben bescheiden. «Radio Z» sei «kein gewinnorientierter Kommerzsender, sondern ein nach dem Prinzip der Kostendeckung arbeitender Dienstleistungsbetrieb im öffentlichen Interesse». Man wolle weder die Lokalpresse noch die Regionalprogramme der SRG konkurrenzieren. Dies trotz Werbefinanzierung und obwohl das Programmkonzept im 24-Stunden-Betrieb intensive Hörerbindung anstrebt.

«Lokal» heisst für die Gesuchsteller in diesem Fall Grossagglomeration Zürich, mit einem gutpostierten Sender für beträchtliche Teile der Deutschschweiz. Inhaltlich wird der Lokalbezug ebenfalls relativiert: Praktisch alle Bereiche des aktuellen Journalismus sollen abgedeckt werden, mit Nachrichten, Interviews, Reportagen und Kommentaren «auch bei innen- und aussenpolitischen Meldungen von besonderem Stellenwert». An der Pressekonferenz räumte man ein, dass dafür eine Kooperation mit ähnlichen Sendern in anderen Städten zweckmässig sein könnte. Wieder drängen sich Parallelen zur Kettenbildung in Italien auf.

Kaum besser ist die Tarnung beim «Lokalradio Basel». Praktisch die ganze Nordwestschweiz soll dort angesprochen werden. Ein selbstgestaltetes Programm will man immerhin von morgens 6 Uhr bis abends 8 Uhr durchziehen. Und im Abschnitt Werbung zeigt eine Bemerkung beiläufig, wie stark sich die Konkurrenz zu DRS einschätzt: «Wir nehmen an, dass ein Lokalradio mindestens

dieselben Hörerzahlen aufweist wie das heutige Radio.» Dass sich die lokale SRG-Trägerschaft als Alibi in dieses Projekt einbeziehen liess, macht die Sache nur trauriger, nicht besser. Tonangebend bei diesem Unternehmen ist nämlich die «Basler Zeitung». Das Blatt also, das bereits den gedruckten Journalismus der Region dominiert.

Neue Monopole ohne demokratische Kontrolle

«Radio Z» stellte sich der Öffentlichkeit als politisch und wirtschaftlich unabhängig vor. Dass bei der Vorbereitung exponiert rechtstehende Politiker federführend waren und auch im «breit abgestützten» Initiativkomitee Vertreter der linken Parteien und der Arbeitnehmer fehlten, wurde als bloss vorläufiger Schönheitsfehler abgetan. Weil Lokalradio «keine ideologische Angelegenheit» sei, werde sich nach einem Entscheid des Bundesrates für Radiowerbung sicher ein Weg «im Sinne der Sozialpartnerschaftlichkeit» finden.

Tatsächlich müssen die rechten Radioplaner an Alibi-Linken interessiert sein. Gerade aus dem Wirtschaftsleben will man nämlich nach Programmkonzept breit berichten: mit «Reportagen aus Betrieben und vom Markt», mit Senderubriken wie «Menschen im Betrieb», «Berufsbilder» und was der wirtschaftsfördernden PR-Gefässe mehr sind. Das alles würde beim Publikum glaubwürdiger mit dem Segen der Gewerkschaft.

Ein offener Trägerverein soll der Verankerung von «Radio Z» als Radio für alle dienen. Aber warum, wenn angeblich möglichst viel Bürgernähe und Bürgerbeteiligung gesucht wird, wählt man nicht gleich die Form einer dezentralisierten

SRG-Struktur? Wäre nicht Demokratie die beste Basis für einen «Dienstleistungsbetrieb im öffentlichen Interesse»? Die Zweiteilung in einen dekorativen Trägerverein und eine Betriebs-Aktiengesellschaft der Kapitaleigner entspricht den Zielen solcher Privatprojekte eben doch eher.

Linke im Abseits?

SPS und SGB sowie der Arbeitnehmer-Radio- und Fernsehbund der Schweiz (Arbus) als medienpolitische Fachorganisation der Linken bezogen in der Vernehmlassung über Rundfunkversuche ziemlich einhellige Positionen: keine Werbung, keine Privatisierung, Beibehaltung von Radio und Fernsehen als öffentlich kontrollierte Instrumente zur Information und Meinungsbildung des ganzen Volkes. Lokalkommunikation soll den tatsächlichen Bedürfnissen von Konsumenten und Gesellschaft entsprechend ausgebaut werden. Ohne Einstiegsmöglichkeit für neuen Medienkommerz.

Noch lässt sich auf vernünftige Entscheide im Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement hoffen. Nach all dem, was in der Vernehmlassung an Widersprüchen und Problemen aufgetaucht ist, wäre eine Verlängerung der geltenden Ordnung sogar die einzige sachlich vertretbare Lösung. Jede systemsprengende Öffnung macht die anstehende Debatte um ein Mediengesamtkonzept nämlich weitgehend zur Farce. Was aber, wenn der Zug im Sommer den bürgerlichen Forderungen gemäss in Richtung lokales Kommerzradio abfährt? Aufspringen oder abseits stehen? Es bleibt nicht mehr viel Zeit, diese Frage im Sinne einer gemeinsamen Strategie zu entscheiden.

Persönlich neige ich dazu, im Kampf um zusätzliche Medienangebote eine Abseitsposition zu riskieren. Eine skeptische Einschätzung der vorhandenen Kräfte lässt befürchten, dass eine minimale Präsenz in wettbewerbsmässigen Radioversuchen zur Liquidation unserer Presse führen könnte. Dieser Preis wäre zu hoch.

Hingegen ist die Medienpolitik künftig als Feld für grundsätzliche Fragestellungen ernster zu nehmen. Statt zusätzliche Programme für ein erträumtes Zielpublikum zu konzipieren wäre ein Ziel, das breite Publikum

mit den Zweifeln am Sinn grundsätzlicher Programme konfrontieren. Gegen die Forderung nach mehr technischer Kommunikationshilfe lässt sich die Kritik an all jenen Fehlentwicklungen stellen, die das direkte Gespräch zwischen den Menschen immer seltener werden lassen: bei der Arbeit und in der Freizeit. Etwas weniger Medienkonsum wäre wahrscheinlich das besserer Resultat medienpolitischer Arbeit als etwas mehr Präsenz auf irgendeinem Kanal. Linke Argumente fallen ja selten rechten Argumenten zum Opfer. Ablenkung und Entpolitisierung sind für die Gegenseite stärkere Waffen.

Wenn darum der Arbus am 8. Mai an einer Tagung das Thema «Medienökologie» aufgreift, dann ist das kein Ausweichen vor den tagesaktuellen Problemen um Radio und Fernsehen und dem ganzen Rattenschwanz der neuen Medien. Vielmehr ist es ein offensiv verstandener Versuch, dem Streben um das Wie endlich ein Warum entgegenzustellen. Den Technokraten und den Geschäftemachern aus Wirtschaft und Politik zu Trotz.

Anmerkung:

Hinweis auf die Tagung «Wie viel Medien braucht der Mensch?» in der Beilage «Sintern».

An die SP-Regierungsräte:

Der Wille zur Selbstbesinnung

Von Kurt Meyer

Die Schweizerische Konferenz der sozialdemokratischen Regierungsvertreter ist erstmals auch auf die Exekutivmitglieder der grösseren Gemeinden ausgeweitet worden. An der Plenarsitzung von Anfang April hat der Präsident der Konferenz, Kurt Meyer, Bern, die Diskussion mit folgendem Referat eingeleitet:

Erstmals nahmen an der Plenarsitzung auch die vollamtlichen SP-Gemeinde- und Stadtpräsidenten der Gemeinden mit 10'000 bis 50'000 Einwohnern sowie die vollamtlichen SP-Exekutivmitglieder der Gemeinden mit mehr als 50'000 Einwohnern teil. Ich möchte daher noch einmal kurz auf die Diskussionen der vorangegangenen Plenarsitzungen über Sinn und Zweck dieser Konferenz zurückblenden.

Ich sehe drei wesentliche Anliegen für unsere Konferenz:

1. Wir Exekutivmitglieder der

SP wollen uns gegenseitig kennen lernen, die Kameradschaft und den Erfahrungsaustausch pflegen.

2. Wir wollen den Dialog mit der Partei, die wir vertreten, intensivieren und verbessern, insbesondere auch den Dialog mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung insgesamt. Indem wir uns als Vertreter der Partei *und* der Gewerkschaften verstehen und das Gespräch *mit* ihnen suchen, verbessern wir auch die Voraussetzungen für das Gespräch *zwischen* den beiden Parteien.

3. Wir wollen Verständnis schaffen dafür, dass wir als Vertreter unserer Partei fast immer gegen eine bürgerliche Mehrheit antreten und dass diese Aufgabe umso schwieriger wird, je weniger wir eine geschlossene Partei im Rücken haben.

Allzu oft sehen wir uns in einem ungewollten Zweifrontenkrieg verwickelt: Der bürgerlichen Regierungsmehrheit gegenüber stehen wir als «Linke» da und müssen Kompromisse nach rechts machen, gleichzeitig aber werden wir vom radikalen Flügel der SP in die Rolle der Gemässigten gedrängt und müssen uns quasi nach links verteidigen.

Ich komme mir manchmal vor wie auf der Autobahn: Rechts